

# Wohnungslosigkeit endlich wirksam bekämpfen

Wohlfahrtsverbände legen Lösungsvorschläge vor

**Hamburg, 11. Januar 2019. Die aktuelle Wohnungslosenbefragung zeigt einen drastischen Anstieg der Wohnungslosigkeit seit 2009. Die Hamburger Wohlfahrtsverbände fordern deshalb ein Umdenken des Senats und legen eigene Forderungen vor.**

Das zentrale Ergebnis der Studie ist bereits vor einigen Wochen bekannt geworden: Innerhalb von neun Jahren hat sich die Zahl der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen von 1.029 auf 1.910 Personen erhöht. Das entspricht einer Steigerung von 86 Prozent. Die Hamburger Wohlfahrtsverbände, die die Untersuchung eng begleitet haben, fordern den Senat zum Handeln auf:

„Auf Hamburgs Straßen leben heute fast doppelt so viele Menschen wie vor neun Jahren. Das zeigt doch leider, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen nur begrenzt wirken. Der Senat muss jetzt weiterreichende Maßnahmen gegen Wohnungslosigkeit ergreifen. Viele gute Ideen liegen schon auf dem Tisch, sie müssen endlich in die Praxis umgesetzt werden“, sagt Sandra Berkling von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW), dem Zusammenschluss der Hamburger Wohlfahrtsverbände.

Michael Edele, Caritas Hamburg, ergänzt: „Wir appellieren an den Senat, sich den Ergebnissen dieser Untersuchung zu stellen und der Perspektivlosigkeit vieler Wohnungsloser, insbesondere solcher ohne Leistungs- und Unterbringungsansprüche, etwas entgegenzusetzen. Das bedeutet auch, ausreichende finanzielle Mittel bereit zu stellen, um Wohnraum zu schaffen und das Hilfesystem zu stärken.“

Auch die Zahl der in öffentlich-rechtlicher Unterbringung und in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege lebenden Menschen hat zugenommen und liegt jetzt bei 5.210 Personen. Dies entspricht einer Steigerung von 78 Prozent im Vergleich zu 2009 (2.924 Personen).

Um die jetzt dringend notwendige Diskussion mit dem Senat und auch der Fachöffentlichkeit anzustoßen, hat die AGFW in einer Stellungnahme die Studienergebnisse analysiert und Lösungsvorschläge formuliert. Zentrale Handlungsempfehlungen der AGFW sind:

- Der Schlüssel für die Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit liegt in einem besseren Zugang zu erschwinglichen Wohnungen. Im Bestand und beim Neubau müssen daher vermehrt Wohnungen für Wohnungslose vorgesehen werden. Die SAGA hat als kommunales Unternehmen dabei eine Schlüsselrolle: Mindestens die Hälfte der jährlich freiwerdenden Wohnungen der SAGA – also etwa 4.500 Wohnungen – sollten an vordringlich Wohnungssuchende vergeben werden, davon 2.000 an wohnungslose Haushalte.

- Weil ein Viertel der wohnungslosen und obdachlosen Menschen in Folge von Kündigungen oder Räumungen ihre Wohnung verloren haben, muss die Wirksamkeit der Prävention weiter erhöht werden. Hier sind vor allem die Fachstellen für Wohnungsnotfälle gefragt.
- Zwei Drittel aller obdachlos auf der Straße lebenden Menschen haben keine deutsche Staatsangehörigkeit. Der mit Abstand wichtigste Grund für diese Gruppe, nach Hamburg zu kommen, ist Arbeit. Die Stadt Hamburg sollte diese Menschen deshalb noch mehr dabei unterstützen, tatsächlich auch Arbeit leisten zu können und unter würdigen Bedingungen zu wohnen z. B. durch die Schaffung günstiger Arbeitnehmerpensionen für Arbeitsmigranten. Für all diejenigen, die zunächst keinen Fuß auf dem Arbeitsmarkt fassen können, müssen die Zugänge in das soziale Sicherungssystem und in die öffentlich-rechtliche Unterbringung verbessert werden, damit sich nicht eine große Gruppe verelendeter Migranten bildet.